

# Wie das „obere“ Lindauer Zech nach 1945 für Flüchtlinge errichtet wurde

Die Stadt Lindau war im Unterschied beispielsweise zu den Nachbarstädten Friedrichshafen und Bregenz vor größeren Gebäudeschäden durch den Zweiten Weltkrieg verschont geblieben. Dies bildete einen der Gründe, warum bereits gegen Ende des Krieges und dann wieder nach dessen Ende Anfang Mai 1945 viele aus unterschiedlichsten Gründen flüchtende Menschen nach Lindau kamen, bzw. der Stadt zugewiesen wurden. Allein 1943 waren per Zug rund 800 Bombengeschädigte nach Lindau transportiert worden.<sup>1</sup>

Aus einer Arbeitsloseninitiative hervorgegangen, waren in Unterhochsteg seit 1932 die Siedlerhäuschen des „unteren Zech“ entlang der Bahnstrecke errichtet worden. 1938/39 kamen u.a. die Siedlerhäuschen zwischen Zechwald- und Leiblachstraße hauptsächlich für Werkmeister der Rickenbacher Firma Dornier hinzu.<sup>2</sup>



***Blick von Süden auf den Lindauer Stadtteil Zech im Jahre 1954. In der oberen Bildmitte die bis dahin größtenteils fertiggestellte neue Siedlung Oberes Zech, darunter links die Anfänge der Strumpffabrik Kunert von 1951/52 sowie rechts von dieser die ehemaligen Siedlerhäuschen hauptsächlich für Meister der Firma Dornier in Rickenbach von 1938/39. Zwischen diesen und den neuen Wohnblöcken das erst 1956 abgebrochene Zecher Barackenlager mit der ersten Grundschule sowie Turnhalle des Stadtteils in einzelnen Baracken. Unten rechts hinter dem Vorarlberger Zug das Dach des ehemaligen Zecher Bahnhofsgebäudes. Luftbild (Ausschnitt): © Franz Thorbecke, Lindau.***

Auf dem damaligen Wiesengelände u.a. im Bereich des heutigen Kopernikusplatzes wurde 1942 ein Wehrmachts-Barackenlager errichtet, in welchem ab Juni 1942 das Sturmboot-Kommando (mot.) 912 zur Ausbildung untergebracht war.<sup>3</sup> 1945 wurden dort Kriegsflüchtlinge unterschiedlichster Art untergebracht, welche vor der von

Westen näher rückenden Kriegsfront flohen. Im April 1945 waren darunter auch Hunderte bisheriger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.<sup>4</sup>



***Blick von Norden auf das Barackenlager in Lindau-Zech etwa im Jahre 1948. Im Hintergrund die Häuschen für die Dornier-Werkmeister zwischen der Zechwald- und der Leiblachstraße; Repro in der Sammlung Schweizer.***

Im Februar 1946 meldete Lindaus Amtsblatt u.a.: „Für die Aufnahme der aus Österreich kommenden Flüchtlinge wird in Lindau das Barackenlager der Siedlung Zech als Auffanglager eingerichtet.“ Nach Ende des Krieges und des NS-Regimes kam die große Mehrheit der Flüchtenden wegen ihrer deutschstämmigen Abstammung Jahre lang aus Rumänien, Ungarn, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Polen und der Sowjetunion, egal, ob sie sich zuvor aktiv am dortigen Terror des NS-Besatzungsregimes beteiligt oder von diesem „nur“ profitiert hatten oder daran nicht beteiligt gewesen waren. Ergänzt wurden diese Flüchtlinge durch Menschen, welche das neue an der UdSSR orientierte sozialistische Gesellschaftssystem in der sowjetischen Zone sowie ab Herbst 1949 in der DDR grundsätzlich ablehnten. Betreut wurden sie vor Ort zunächst vom Wohlfahrtsausschuss der Stadt Lindau. Mitte Januar 1947 wurde durch Bürgermeister Dr. Frisch in der Stadtverwaltung eine Flüchtlingsstelle eingerichtet, ein Flüchtlingsausschuss gebildet sowie ein Flüchtlingsobmann ernannt.<sup>5</sup>

Doch der Zustrom der Flüchtenden riss nicht ab. Im Oktober 1947 wurden im Kreistag Lindau Zahlen benannt: „Danach zählt das Land (Landkreis, K.S.) Lindau im September 1947 3.382 Flüchtlinge und 4.162 Ausgewiesene, das sind 16,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Davon hat die Stadt Lindau mit 24,4 Prozent die höchste Belastung zu tragen (..) Die Hereinnahme von 800 verschleppten Ausländern (Displaced Persons, K.S.) steht unmittelbar bevor und spätestens im Frühjahr 1948 sind rund 4.000 Flüchtlinge aus Dänemark zu erwarten.“<sup>6</sup> Die Schaffung von Arbeitsplätzen und von Wohnraum bildeten zwei der Lindauer Hauptprobleme dieser Jahre. Das besagte Auffanglager im Zech war bereits restlos überfüllt, ebenso die zusätzlich von der Stadtverwaltung angemieteten Militär-Baracken beispielsweise in der Bregenzer sowie der Reutiner Straße sowie von Teilen der früheren Zwangsarbeiter-Baracken östlich des Reutiner „Kamelbuckels“.





***Blick in die Adalbert-Stifter-Straße in der neuen Siedlung  
„oberes Zech“ im Jahre 1956.  
Original im Stadtarchiv Lindau<sup>7</sup>, Repro: Schweizer.***

Nachdem die Stadt Lindau im Sommer 1948 wieder kreisunmittelbar, also von der Landkreisverwaltung unabhängig geworden und die neue Währung der D-Mark eingeführt worden war, starteten die Stadt wie auch die Lindauer Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft GWG erste kleinere Programme zum Neubau von Wohnhäusern im Holdereggen, in der Köchlinstraße sowie auf den weiten Wiesen westlich des Flüsschens Leiblach im „oberen Zech“. Im Juni 1949 wird mit der Errichtung von ersten „Flüchtlingsbauten“ im Zech begonnen. Ende 1949 war Richtfest der ersten 50 neuen Wohnungen. In Lindau suchten zu der Zeit allein 500 Familien eine Wohnung.

Die Stadtratssitzung vom August 1949 beschloss ein umfassendes Wohnungsbauprogramm für das „obere Zech“. Bereits im März 1950 konnten davon die ersten Wohnungen bezogen werden. Im August war Richtfest für drei weitere Wohnblöcke in der Adalbert-Stifter-Straße.<sup>8</sup>

Im Sommer 1952 trat die 1951 im Zech als „Flüchtlingsbetrieb“ errichtete Textilfabrik Kunert als Mitgesellschafterin der GWG bei und erklärte ihre Absicht, für Betriebsangehörige in der Gerhard-Hauptmann-Straße Wohnungen errichten zu lassen. Ende 1953 gründeten die Lindauer Gewerkschaften eine eigene Gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft. Diese begann im August 1954 in der Josef-von-Eichendorff-Straße mit dem Bau von Wohnblöcken.

Im Oberen Zech war bis Mitte der 1950er Jahre als Antwort auf die Wohnungsnot der Flüchtlinge eine neue moderne Siedlung, ein neuer „Flüchtlingsstadtteil“ entstanden. Lindaus Gesamtbevölkerung war von 17.800 im Jahre 1946 auf 21.763 im Jahre 1956 angewachsen. Dabei betrug der Anteil der Flüchtlinge beispielsweise Ende 1952 19,3 Prozent.<sup>9</sup>



***Neuer Wohnblock an der Immanuel-Kant-Straße in der neuen Siedlung  
„oberes Zech“ im Jahre 1956.***

***Original im Stadtarchiv Lindau<sup>10</sup>, Repro: Schweizer.***

© Karl Schweizer, Mai 2023, [www.edition-inseltor-lindau.de](http://www.edition-inseltor-lindau.de)

**Quellen, Fundorte, Fußnoten:**

<sup>1</sup> Bachmann, Karl, „Chronologische Geschichte Lindaus von den Anfängen bis zur Gegenwart“, Neujahrsblatt Nr. 45 des Historischen Vereins Lindau, Lindau 2005, S. 74.

<sup>2</sup> Stadtarchiv Lindau, Akten zur Errichtung der neuen Siedlerhäuschen in Lindau-Unterhochsteg, Signaturen: B-II-95-32, B-II-95-35, B-II-95-63 und B-II-95-68; Steinberger, Hans, „Zech -Siebertsdorf- Die bewegte Geschichte eines Stadtteils an der Grenze“, Lindau 1995, S. 4.

<sup>3</sup> Raab, Johann, „Sturmboot-Kdo(mot) 912, Feldpostnr. 36191“, Nürnberg 1990, S. 8.

<sup>4</sup> Hermann, Florian (Major), „Kriegsende 1945 in Lindau am Bodensee – Erlebnisse des letzten militärischen Kommandanten der Stadt“, maschinenschriftlicher Bericht vom Mai 1946 im Stadtarchiv Lindau, ohne Signatur.

<sup>5</sup> Lenz, Wilfried, „Dokumentation Ankunft und Eingliederung der Heimatvertriebenen in Lindau (B)“, Lindau 1986, Band 1, S. 35.

<sup>6</sup> „Flüchtlinge sind keine Almosen-Empfänger“ in: Südkurier, Ausgabe Lindau, 28.10. 1947.

<sup>7</sup> Stadtbauamt Lindau (hrsg.), „Lindau im Bodensee 1946-1956“, S.5, Stadtarchiv Lindau, Sign. Ab 7.

<sup>8</sup> Stadtverwaltung Lindau (Bodensee), „Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 9. August 1949, Beratungsgegenstand Nr. 7“, Stadtarchiv Lindau: Stadtratsprotokolle 1949.; „50 Wohnungen entstehen in Zech“, in: Lindauer Zeitung vom 11.8. 1949.

<sup>9</sup> Lenz, Wilfried, „Dokumentation Ankunft und Eingliederung der Heimatvertriebenen in Lindau (B)“, Lindau 1986, Band 1, S. 115 und 119.

<sup>10</sup> Stadtbauamt Lindau (hrsg.), „Lindau im Bodensee 1946-1956“, S.5, Stadtarchiv Lindau, Sign. Ab 7.